

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 6 66 84 6 ppbn d
Telefax: 21 90 64

Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich
MdB zum Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Rauschgifthandel und organisierter Kriminalität: Kriminalitätsbekämpfung mit Lug und Trug.

Seite 1

Barbara Simons MdEP zu den ökologischen Folgen der geplanten Giftstoff-Verbrennung: C-Waffen-Vernichtung gefährdet Pazifik-Region.

Seite 3

Dokumentation

Die SPD hat in der Beratung des zweiten Nachtragshaushaltes 1990 Kürzungen im Verteidigungshaushalt gefordert. Wortlaut des Antrags

Seite 4

45. Jahrgang / 116

21. Juni 1990

Kriminalitätsbekämpfung mit Lug und Trug

Zum Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Rauschgifthandel und organisierter Kriminalität

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Mitglied des Innen-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der Gesetzentwurf "Zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität", der in dieser Woche auf der Tagesordnung des Bundesrates steht, ruft die Erinnerung wach an den Horrorkatalog aus der Zeit der Terrorismusgesetzgebung. Sorge und Angst wegen des Terrorismus wurden damals mit Fleiß bis zur Hysterie geschürt um ein Sammelsurium von Vorschlägen zur Einschränkung und Beseitigung rechtsstaatlicher Grundsätze und Errungenschaften vorlegen zu können mit der falschen Behauptung, nur so könne dem Terrorismus wirksam begegnet werden. Nicht alle, aber doch die meisten und die extremsten Horrorvorschläge konnten damals abgewehrt werden. Was durchgekommen ist, hat die Wirksamkeit der Terrorismusbekämpfung nicht erhöht, sondern eher geschwächt. Den Terroristen gelang es, die rechtsstaatliche Qualität der gegen sie gerichteten Strafverfolgungsmaßnahmen in Zweifel zu setzen und dadurch ihr Umfeld von Helfern, Helfershelfern und Sympathisanten zu erhalten und auszubauen sowie sich aus diesem Umfeld immer wieder zu regenerieren.

Heute wird das bedrückende Drogenproblem mißbraucht, um die Gegenreform wider die rechtsstaatlichen Errungenschaften voranzubringen, um das staatliche Repressionsinstrumentarium qualitativ und quantitativ auszuweiten, um neue Eingriffsbefugnisse und Eingriffsmöglichkeiten in die Grundrechte und die Privat- sowie Intimsphäre zu schaffen.

Die Überschrift, unter der das geschieht - Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität - ist zu Recht als Etikettenschwindel bezeichnet worden. In Wahrheit sollen die Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten für den gesamten Bereich der Strafverfolgung beschnitten werden und darüber hinaus auch für die polizeiliche Gefahrenabwehr.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kringelherstellung
mit normaler Rücklaufzeit
Recycling-Papier



Nicht nur in der Gesetzesüberschrift, sondern auch im Gesetzestext werden alle Register der semantischen Verschleierung, Verharmlosung und Überhöhung der eigentlichen Absichten sowie der Mittel, mit denen sie verfolgt werden, und der Folgen, die infolgedessen eintreten praktiziert. Es werden mit Fleiß unbestimmte und unklare Rechtsbegriffe verwendet, nicht nur um die Bürger zu verwirren und ihnen Sand in die Augen zu streuen, sondern auch um sich durch die Mißachtung des Grundsatzes der Normenklarheit möglichst weite, unbestimmte und unbestimmbare Handlungsspielräume zu verschaffen.

Den Bürgern soll klargemacht werden, daß das demokratische Prinzip der Öffentlichkeit und der Offenheit allen staatlichen Handelns jedenfalls für die Polizei antiquiert sei, daß es die Effektivität polizeilichen Handelns behindere und infolgedessen über Bord geworfen werden müsse. Die neuen Wunderwaffen heißen "verdeckte Ermittlungen", "verdeckte Ermittler" und "Vertrauensleute".

Diese Instrumente sind dadurch gekennzeichnet, daß die Eingriffe in Bürgerrechte heimlich erfolgen, daß die Polizei, wenn sie gegen Bürger vorgeht, sich eine Tarnkappe überzieht oder eine Maske anlegt, die den Betroffenen veranlassen soll, seine geschützte Rechtssphäre, seine Privatsphäre frei- und preiszugeben. Nicht Offenheit, Wahrhaftigkeit und Fairness sollen die für das Verhältnis der Polizei zum Bürger bestimmenden Prinzipien sein. Die Rechtsordnung soll durchgesetzt, die Kriminalität soll bekämpft werden dadurch, daß Bürger getäuscht werden, daß ihnen etwas vorgemacht und vorgespiegelt wird, also mit Lug und Trug.

Diese Verheimlichung und Irreführung wird auch in den Akten stattfinden und sogar im gerichtlichen Verfahren. Die heimlichen Eingriffsmaßnahmen, die Personen und Aktionen der Geheimpolizisten und der von der Polizei engagierten und bezahlten privaten Geheimagenten nach Art des Versicherungsdetektives Mauss (amtlich als Vertrauensleute bezeichnet) werden in den Ermittlungsakten der Polizei und der Staatsanwaltschaften sowie in den Gerichtsakten nicht erscheinen. Das, was sich im Ermittlungsverfahren tatsächlich zgetragen hat, wird unvollständig dokumentiert und infolgedessen der Wahrheit zuwider zurechtgebogen. Eine Hamburger Strafkammer hat bezeichnenderweise festgestellt, das Bundeskriminalamt habe, um verdeckte Ermittlungen geheimzuhalten, eine Ermittlungsakte gefälscht.

Das nachrichtendienstliche Prinzip der Geheimhaltung wird auch gegenüber der Volksvertretung geltend gemacht und durchgesetzt werden. So wenig wie die Parlamente bisher darüber unterrichtet werden, was bei den Geheimdiensten tatsächlich passiert, so werden sie zukünftig darüber unterrichtet werden, was bei "verdeckten Ermittlungen" der Polizei geschieht.

Das ganze läuft darauf hinaus, daß wieder eine Geheimpolizei eingerichtet werden soll. Eine Geheimpolizei, die sich von früheren zum Beispiel der Geheimen Staatspolizei unter anderem in zwei Punkten negativ unterscheidet. Einmal dadurch, daß die Befugnis zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nicht nur einer Sondereinheit der Polizei, nämlich der Geheimpolizei, eingeräumt wird, sondern der gesamten Polizei. Und zum anderen dadurch, daß die Polizei nunmehr die Befugnis erhält, Privatpersonen als geheime private Ermittler in ihren Dienst zu nehmen, sich also ein Corps von geheimen Privatagenten zuzulegen.

Eine solche Geheimpolizei ist nicht zu kontrollieren, nicht durch die betroffenen Bürger, nicht durch die Öffentlichkeit, nicht durch die Parlamente, nicht durch die Gerichte und wahrscheinlich nicht einmal durch die Dienstaufsicht.

Eine solche Geheimpolizei ist mit einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie nicht zu vereinbaren.

Solche Geheimpolizisten und geheimen privaten Ermittler werden, wenn sie die Rädelsführer organisierter Kriminalität aufspüren und gegen sie Beweise herbeischaffen sollen, genötigt sein, auch um sich gegen Enttarnung und die damit verbundenen hohen Risiken zu schützen, gegen die Rechtsordnung zu verstoßen und bei strafbaren Handlungen mitzumachen. In einem Bericht des vom Arbeitskreis II der IMK eingesetzten ad hoc-Ausschusses aus dem Jahre 1982 heißt es unter anderem: "Für Polizeibeamte, die an konspirativ agierende Tätergruppen herangebracht werden sollen oder sogar Zugang zu solchen Gruppen gefunden haben, kann zur Aufrechterhaltung der Legende die Mitwirkung an einer Verletzung gemeinschaftsbezogener Rechtsgüter erforderlich werden. So ist es beispielsweise kaum möglich, ohne die Erfüllung des objektiven Tatbestandes milieutypischer Straftaten geringeren Gewichts an Rauschgift- und Waffenhändlerlinge heranzukommen...".

Geheimermittlungen, Geheimverfahren, Geheimpolizisten, Geheimagenten und Spitzel, Verheimlichung und Täuschung, das sind die Kennzeichen des Ausforschungs-, des Spitzel- und des Überwachungsstaates. Das ist der Versuch, den Polizeistaat in der Demokratie zu etablieren.

Daß die Effektivität der Kriminalitätsbekämpfung durch die geforderten neuen Befugnisse erhöht wird, ist eine Fata Morgana. Das beweisen die bisherigen Erfahrungen mit verdeckten Ermittlungen in der Bundesrepublik und im Ausland, insbesondere in den USA. Die USA sind das Land der organisierten Kriminalität. Trotz des Einsatzes der angeblich neuen, in Wahrheit aus dem Zeitalter des Absolutismus und des Obrigkeitsstaates stammenden alten Ermittlungsmittel ist der Drogenkonsum in den Vereinigten Staaten immer weiter angestiegen, hat die Drogenkriminalität nicht ab, sondern zugenommen. Eine Polizei, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Bürger hinter das Licht führt, die täuscht und irreführt, wird ihr wichtigstes Vertrauenskapital verlieren, nämlich das Vertrauen der Bürger. Nur die Bewahrung und die Erhöhung des Vertrauens der Bürger setzt die Polizei in den Stand, ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie ist auf nichts so sehr angewiesen wie auf die Bereitschaft der Bürger mit ihr zusammenzuarbeiten.

Burkhard Hirsch hat zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates erklärt: "Nur über meine Leiche!" Das allein ist die richtige Devise.

(-/21. Juni 1990/rs/ks)

C-Waffen-Vernichtung gefährdet Pazifik-Region Zu den ökologischen Folgen der geplanten Giftstoff-Verbrennung

Von Barbara Simons MdEP

Mit dem Abzug der amerikanischen Chemie-Waffen aus Rheinland-Pfalz und der geplanten Verbrennung der Giftstoffe auf dem Johnston-Atoll sind große ökologische Probleme für den pazifischen Raum programmiert. Der Abtransport der C-Waffen erfüllt langjährige Abrüstungspolitische Forderungen. Wir wiegen uns aber in falscher Sicherheit, wenn wir glauben, daß danach die Probleme geköst sind.

Durch die Vernichtung der mit tödlichen Giftstoffen gefüllten Munition in einer Verbrennungsanlage auf dem Johnston-Atoll im Pazifischen Ozean werden dort große Gefährdungen für Mensch und Natur entstehen. Denn nach Informationen von Greenpeace muß davon ausgegangen werden, daß bei der Verbrennung Dioxine und Furane freigesetzt werden. Dies ist, auch vom US-Verteidigungsministerium eingeräumt worden. Die 1983 fertiggestellte Anlage auf dem Johnston-Atoll hatte die US-Armee bisher noch nicht erprobt. 30.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe, die 1971 aus Japan abtransportiert wurden, sind noch nicht vernichtet worden, weil es wachsende Zweifel an der Verlässlichkeit der Verbrennungsanlage gibt.

Das ökologische Gleichgewicht des pazifischen Raumes ist durch die geplante Verbrennung der C-Waffen stark gefährdet. Der Pazifik ist kein großes Vakuum, in dem die Verbrennung der Giftstoffe bedenkenlos stattfinden kann. Ein Unfall auf dem Atoll hätte aufgrund der vorherrschenden Wind- und Strömungsverhältnisse im Pazifik unabsehbare Folgen für die benachbarten Inselstaaten. Die Europäische Gemeinschaft, die zu diesen Ländern durch das Lome-Abkommen besondere Beziehungen unterhält, muß sich deren Sorgen zu eigen machen.

Das Europäische Parlament wird sich dieses schwerwiegenden Problems annehmen. Die US-Armee muß in genauen Untersuchungen die Unbedenklichkeit für die Umwelt nachweisen und die Verbrennung vorerst zurückstellen. Möglicherweise müssen auch die Konsequenzen gezogen und für die Vernichtung der Stoffe alternative Standorte erforscht werden.

(-/21. Juni 1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Den Verteidigungs-Etat 1990 kürzen

Zur heutigen Beratung des zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 1990 hat die SPD-Bundestagsfraktion nachstehenden Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag eingebracht:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die sicherheitspolitische Lage und der hohe Finanzbedarf im Zusammenhang mit dem deutschen Einigungsprozeß erfordern noch im laufenden Haushaltsjahr eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes um insgesamt vier Milliarden DM.

Die im ersten Nachtragshaushalt 1990 ausgebrachte Kürzung der Verteidigungsausgaben um rund 0,5 Milliarden DM wird hingegen den veränderten politischen Rahmenbedingungen nicht gerecht.

Darüber hinaus ist eine Rückführung der Verpflichtungsermächtigungen für neue militärische Großvorhaben um fünf Milliarden DM geboten.

Begründung:

1. Durch den Prozeß der deutschen Einheit wird der Bundeshaushalt in den nächsten Jahren in großem Umfang in Anspruch genommen. Finanzpolitische Solidität ist dabei unverzichtbar.

Der von der Bundesregierung vorgesehene Weg, die Finanzhilfen für die DDR über den Fonds "Deutsche Einheit" weitgehend durch neue Schulden zu finanzieren baut die hohe Kreditbelastung der öffentlichen Haushalte weiter aus und führt bei der gegenwärtigen Anspannung des Kapitalmarktes zu einem dauerhaft hohen Zinsniveau mit erheblichen Belastungen für den öffentlichen und privaten Wohnungsbau und weiteren negativen Auswirkungen für Investoren und Verbraucher.

Die notwendigen Ausgaben im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung müssen daher in erster Linie durch Einsparungen, Umschichtungen und Neustrukturierungen im Bundeshaushalt finanziert werden.

2. Die politischen Reformen in den Staaten des Warschauer Paktes, der Prozeß deutscher Vereinigung und die erklärte und in laufenden Verhandlungen ausgedrückte Absicht aller an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beteiligten Staaten, die Abrüstung voranzubringen und vertrauensbildende militärische Strukturen als Voraussetzung einer neuen und dauerhaften europäischen Friedensordnung zu schaffen, haben die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend geändert.

Die zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit erforderlichen Verteidigungsvorkahrungen können und müssen auf niedrigerem Niveau neu bestimmt werden. Die veränderte sicherheitspolitische Lage und der erhebliche Finanzbedarf im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung erfordert eine umgehende Kürzung des Verteidigungshaushaltes noch im laufenden Haushaltsjahr. Insbesondere sind militärische Beschaffungs-, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für offensivfähige Waffensysteme einschließlich des Jagdflugzeuges 90 zu stoppen; Manöver sind drastisch einzuschränken; die Tiefflüge sind vollständig und sofort einzustellen. Die Dauer des Grundwehrdienstes ist auf zwölf Monate zu begrenzen; die darüber hinaus erforderliche Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr ist einzuleiten.

(-/21. Juni 1990/ra/ks)
